

Der Tag des gefälltten Baumes – 26. April 2009

Redebeitrag von
Dipl.-Math. Bernd Kunz

Mitglied des Vorstandes des
BUND Kreisverbandes Groß-Gerau und
Ortsverbandes Mörfelden-Walldorf

E-Mail: b.kunz@bund-kv-gg.de

Meine Damen und Herren,

Sie sehen hier live den mehrtausend-fachen Wortbruch der Politik. „Kein Baum soll mehr fallen“, so das leere Versprechen nach dem Bau der Startbahn West. Mehrere Tausend Bäume wurden abgesägt und mit ihnen das ohnehin schon beschädigte Vertrauen in eine zukunftsfähige Politik.

Sie alle kennen die Versprechungen und die gegenteiligen Handlungen der politisch Verantwortlichen:

- **Das Bannwaldgesetz:** geschaffen zum Schutz des Waldes rund um den Flughafen, es wurde abgeschafft, um den Flughafen trotzdem ausbauen zu können
- **Das Nachtflugverbots-Versprechen:** Dieses Ergebnis der sogenannten Mediation wurde von FRAPORT mit der Planfeststellung beantragt. Die Genehmigungsbehörde, eine Abteilung des größten Anteilseigners der FRAPORT, strich diese Zusage im Planfeststellungsbeschluss aber wieder.

Der letzte Coup der FRAPORT-Connection ist Ihnen vielleicht weniger bekannt, da die Details in den Medien hierzu noch nicht veröffentlicht wurden. Oder war es gar kein Coup der FRAPORT sondern doch nur ein Schildbürgerstreich des Bürgermeisters Ockel aus Kelsterbach?

Herr Ockel hat im Dezember 2008 ein Wertgutachten für die Grundstücke erstellen lassen, die FRAPORT für den Bau der Landebahn Nordwest benötigt. Der Gutachter, ein gewisser Dr. Müller von der HLG, hat einen Preis von 18 Mio. Euro ermittelt, den die Stadt Kelsterbach im Falle einer Enteignung erhalten würde. Hierbei wurde z.B. ein Preis von 2,80 Euro/qm Wald angesetzt.

Dieser Dr. Müller, so stellte sich jetzt heraus, hat zwei Jahre zuvor im Auftrag von FRAPORT Häuser und Grundstücke aufgekauft. Hier hat Herr Ockel offensichtlich den Bock zum Gärtner gemacht.

Schnäppchenjäger Ockel wollte für Kelsterbach mehr herausholen und hat mit der FRAPORT verhandelt. Ergebnis ist ein Eckpunkte-Papier, das im Wesentlichen einen Paketpreis von 30 Mio. Euro für das folgende Paket festlegt:

1. Die Stadt Kelsterbach verzichtet auf ihre Klage im laufenden Planfeststellungsverfahren.
2. Die Stadt Kelsterbach zahlt alle erforderlichen Schallschutzmaßnahmen selbst.
3. FRAPORT erhält von Kelsterbach ca. doppelt so viele Grundstücke wie für die Landebahn benötigt werden.

Jetzt angestellte Berechnungen haben ergeben, dass allein das Holz auf dem verkauften Gelände schon etwa 100 Mio. Euro wert ist. Ein tolles Schnäppchen für FRAPORT !

Dieser Ausverkauf der Interessen und des Eigentums der Stadt Kelsterbach wurde durch ein eingeleitetes Bürgerbegehren erfolgreich gestoppt.

Ich danke den aufmerksamen Bürgern von Kelsterbach, die diesen Erfolg mit großem Aufwand erreicht haben.

Im Grunde geht es hier aber gar nicht um Geld, das FRAPORT locker aus der Portokasse zahlen könnte, sondern darum, ein Hindernis für den Ausbau aus dem Weg zu räumen:

Den Vertrag der Stadt Kelsterbach mit FRAPORT aus dem Jahr 1968, der FRAPORT nach wie vor umfangreiche Verpflichtungen auferlegt.

Schauen wir jetzt einmal nach Mörfelden-Walldorf. Die Stadt Mörfelden-Walldorf hält ihre Klage gegen den Flughafenausbau nach wie vor aufrecht und das ist auch gut so. Dennoch stelle ich einmal die Frage, wie groß ist hier der Einfluss von FRAPORT?

Etwa 20% der Stadtverordneten arbeiten direkt bei FRAPORT oder Lufthansa. Die SPD leistet sich sogar einen Fraktionsvorsitzenden, der gleichzeitig im **Aufsichtsrat** der FRAPORT sitzt. Das schafft kein Vertrauen bei den Bürgern. Das ist hochgradige „Lobbykratie“. Mein Verständnis von Bürgervertretung und Demokratie sieht hier deutlich anders aus.

Der BUND, die Bürgerinitiativen und die Kommunen (Zukunft Rhein-Main) arbeiten zur Verhinderung des ökonomisch und ökologisch völlig unsinnigen Flughafenausbaus seit Jahren gut zusammen und haben sehr gute Argumente, um den Ausbau noch zu stoppen.

Es ist nämlich noch nichts entschieden. Es gibt noch kein Urteil - Halbfinale und Finale stehen noch aus: im Juni das Verfahren in Kassel beim Hess. Verwaltungsgerichtshof und das Finale danach beim Bundesverwaltungsgericht. Der BUND ist gut aufgestellt und geht durch alle Instanzen. Das kann ich Ihnen versichern.

Die Erkenntnis, dass eine weitere Zunahme des Luftverkehrs mega-schädlich für unser Klima ist, ist bei großen Teilen der **Bevölkerung** angekommen. Nur die Politik hinkt mit der Erkenntnis noch hinterher. „Mehr Flughafen, mehr Wohlstand, mehr Arbeitsplätze“ ist kein Erfolgsrezept. Die Zukunft verlangt nachhaltigere Konzepte.

Die dringlichsten lokalen und globalen Herausforderungen sind:

- Fairness und Aufbau von Vertrauen im Umgang miteinander lokal und global
(denn das ist mit der Finanzkrise verloren gegangen)
- Abbau der Kluft zwischen arm und reich
- Klimaschutz durch verantwortungsvolles, intelligentes und nachhaltiges Wirtschaften

Wie ein „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ aussehen kann, hat der BUND zusammen mit der Entwicklungsorganisation Brot für die Welt und dem Evangelischen Entwicklungsdienst in einer über 600-seitigen Studie dargelegt, eine Pflichtlektüre für alle verantwortungsvollen Politiker. Sie müssten sie natürlich zunächst einmal lesen und dann auch danach handeln.

Zum Abschluss noch drei Antworten auf die Frage „Was kann **ich** tun?“, die wir vom **BUND** Ihnen mit auf den Weg geben möchten:

- Prüfen Sie Ihre persönliche CO₂-Bilanz (Flugreisen, Auto, Heizung)
- Bevorzugen Sie Produkte aus nachhaltiger Produktion und fairem Handel, Ihre Macht als Verbraucher ist weitaus größer, als Sie vielleicht denken!
- **Haben Sie den Mut, selbst zu denken und handeln Sie danach!**

